INTERVIEW

Geballte Stiftungskompetenz aus einer Hand

In Deutschland boomt das Stiftungswesen. Die Stadtsparkasse Düsseldorf hat ihre Stiftungsarbeit deshalb vor rund drei Jahren in einem „Kompetenz-Center Stiftungen“ gebündelt. Ein zertifiziertes Team berät Stifter und Stiftungen von der Neugründung über stiftungsspezifische Finanzdienstleistungen bis hin zum Fundraising in allen Fragen rund um das Stiftungswesen. Im Interview mit der SparkassenZeitung berichten Jutta Giffels und Volker Reichardt über ihre Erfahrungen mit einem sensiblen Thema.

Bündeln Information: Volker Reichardt und Jutta Giffels. Foto Reuter

DSZ: *Welche Aufgaben übernimmt das Kompetenz-Center?*

Giffels: Unser Kompetenz-Center bietet den Stiftungen eine komplette Rundumbetreuung: Wir unterstützen bei der Gründung, bieten individuelle Finanzlösungen an, beraten beim Fundraising und schmieden Kooperationen für Spenden und Zustiftungen. Diese Lösung aus einer Hand füllt derzeit eine Marktlücke, denn nach unseren Informationen bietet kein anderes Bankinstitut in Deutschland einen Stiftungsservice in dieser Form an.

Reichardt: Das Angebot ist für alle Stiftungen aus der Region interessant. Sie kommen auf uns zu, insbesondere, weil wir ein einzigartiges Netzwerk zu bieten haben. Auch für unsere Kollegen im Hause halten wir viele Stiftungsinformationen bereit und können bei angrenzenden Themen wie Nachlassfragen, Testamentsvollstreckung oder Steuerthemen aushelfen.

DSZ: *Warum wollen immer mehr Menschen ihr Geld für einen guten Zweck stiften?*

Giffels: Sicherlich spielen auch steuerliche Vorteile eine Rolle, im Vordergrund steht jedoch meist der Wunsch der Stifter, ihr Vermögen Sinn stiftend anzulegen. Sie wollen, dass ihr Kapital nachhaltig für etwas Sinnvolles eingesetzt wird und so für die Ewigkeit wirkt. Ein besonderer Anreiz kann dabei sein, dass die Stiftung den Namen des Stifters tragen kann, er macht sich so in gewisser Weise „unsterblich“. Das Interesse am Stiften wird aus meiner Sicht trotz Finanzkrise anhalten, denn die Stifter-Persönlichkeiten setzen sich mit ihrem gemeinwohlorientierten Engagement ganz bewusst ab.

Reichardt: Auch immer mehr Unternehmer denken über die Gründung einer Stiftung nach. So habe ich mit Mittelständlern gesprochen, die Teile ihres Unternehmens in eine Stiftung überführen wollen. Unter bestimmten Bedingungen kann die Überführung von Unternehmenskapital in eine Stiftung beispielsweise vor einer unerwünschten Übernahme schützen. Bei diesen Geschäftsführern paart sich unternehmerisches Handeln mit dem Wunsch, das eigene Lebenswerk zu bewahren. Gut finden unsere Kunden, dass wir zu diesem Themenbereich gemeinsame Veranstaltungen mit den Kammern durchführen.

DSZ: *Wie profitiert die Stadtsparkasse von dem Kompetenz-Center? Immerhin sind hierfür drei Vollzeitstellen eingerichtet worden.*

Reichardt: Es ist eine Investition in die Zukunft, die sich mittlerweile auch rechnet. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht besonders erfreulich ist es, wenn eine bestehende Stiftung ihr Stiftungsvermögen an die Stadtsparkasse Düsseldorf überträgt. Ebenso können durch eine Stiftungserrichtung Gelder im Hause gehalten werden, die sonst durch Erbfall abfließen würden. Potenzielle Neukunden lassen sich meist gut in den Stiftungsorganen gewinnen. In der Regel sind die Entscheider einer Stiftung auch Meinungsbildner und verschaffen der Sparkasse einen enormen Imagegewinn, der sich nicht in Zahlen ausdrücken lässt. Die Stiftungsarbeit ist hervorragend dafür geeignet, die Gemeinwohlorientierung der Sparkassen zum Ausdruck zu bringen. Nicht zuletzt kommen die Stiftungserträge oft genau der Region zugute, in der auch die Sparkasse wirkt und arbeitet.

Giffels: Tatsächlich ist unser Angebot die perfekte Möglichkeit zur Gewinnung neuer Kunden: Viele Stifter waren zuvor bei einer privaten Geschäftsbank, sehen ihre Stiftung aber nun bei uns besser aufgehoben. Durch unsere individuelle Beratung, die Vernetzung mit anderen Stiftungen, die Unterstützung beim Fundraising und die „Düsseldorfer Stiftertage“ hat sich bereits eine stattliche Anzahl neuer Stiftungen für eine Zusammenarbeit mit uns entschieden.

DSZ: *Gibt es eine Zusammenarbeit mit den anderen Abteilungen der Stadtsparkasse?*

Reichardt: Ja, und sie verläuft sehr gut. Anfangs war das Verhältnis manchmal von Unwissenheit geprägt. „Was macht Ihr denn eigentlich da im Kompetenz-Center“, haben wir oft gehört. Wir haben uns darauf hin erst einmal mit einer sparkasseninternen Roadshow vorgestellt. Vom Kundenbetreuer in der Geschäftsstelle oder im Private Banking über den Firmenkundenbetreuer bis hin zur Regionalmarktleitung wissen die Kollegen jetzt, was sie zusätzlich anbieten können und sprechen vermögende Kunden, die mit ihrem Geld anderen helfen wollen, gezielt auf die Möglichkeit an, eine Stiftung zu gründen. Wenn Interesse besteht, übernehmen wir alles Weitere.

DSZ: *Was kann eine Stiftung denn tun, um erfolgreiches Fundraising zu betreiben?*

Giffels: Fundraising muss immer langfristig angelegt werden, um wirklich erfolgreich zu sein. Mindestens zwei geeignete Personen sollten sich deshalb innerhalb einer Stiftung bereit erklären, über Jahre „mit Herz und Hand“ in der Öffentlichkeit auf die Projekte der Stiftung aufmerksam zu machen und um Unterstützung in unterschiedlichster Form zu werben. Auch kleine Stiftungen können sich ohne großen finanziellen Aufwand moderner Fundraising-Instrumente bedienen. Unsere Kundenstiftungen unterstützen wir dabei.

Verstaatlichung der HRE

Gesetz macht den Weg frei

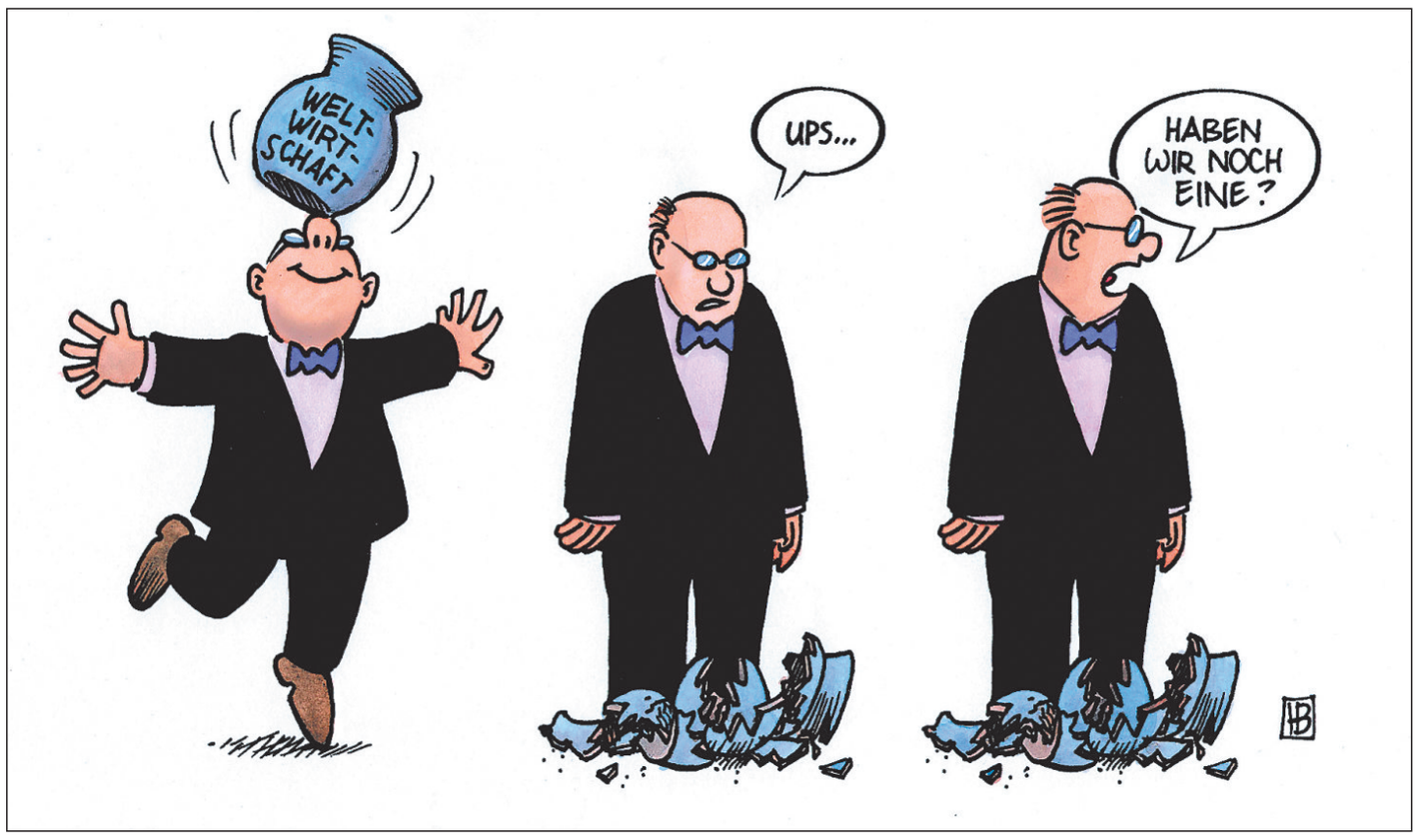
Der Weg für eine Verstaatlichung des taumelnden Immobilienfinanzierers Hypo Real Estate (HRE) ist frei. Bundespräsident Horst Köhler unterzeichnete am Dienstag das Änderungsgesetz zum Banken-Rettungsschirm.

Es lässt als letzte Möglichkeit zur Stabilisierung eines Geldinstituts die Enteignung der Aktionäre zu. Das umstrittene Gesetz ist auf die HRE zugeschnitten, die durch Liquiditätsengpässe der irischen Staatsfinanzierungstochter Depfa in Schieflage geraten war. Der Bund müsste die Enteignung der Aktionäre bis zum 30. Juni einleiten. Zuvor muss er aber alle anderen Möglichkeiten ausschöpfen, um sich die Kontrolle über die Bank zu sichern.

Der akute Kapitalbedarf der HRE wird auf bis zu zehn Milliarden Euro beziffert. Experten schätzen jedoch, mit dem Bund im Rücken reiche dem Institut eine dünnere Kapitaldecke. Das Institut hatte 2008 mehr als 5,4 Milliarden Euro Verlust gemacht – den größten Fehlbetrag eines deutschen Unternehmens im vergangenen Jahr. Die Bank kann dieses Loch in der Bilanz nicht aus eigenen Mitteln stopfen und hätte eigentlich geschlossen werden müssen. Nur eine kurz vor dem Jahresabschluss präsentierte Absichtserklärung des Bundes, bald die Kontrolle übernehmen zu wollen, konnte dies verhindern. Zugleich sicherte sich der Bund schon einmal für 60 Millionen Euro knapp neun Prozent der Anteile.

Jetzt wird erwartet, dass der staatliche Bankenrettungsfonds SoFFin ein Übernahmeangebot vorlegt. Als wahrscheinlich gilt ein Preis, der sich an den Regeln im Gesetz für die Entschädigung bei einer Enteignung orientiert. Demnach errechnet sich ein Gebot von maximal 1,26 Euro je Aktie. Nach den Regeln des Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetzes muss der Bund zunächst seine Absicht zur Abgabe eines Angebotes veröffentlichen. Danach hätte er vier Wochen Zeit, die Angebotsunterlagen bekannt zu machen, in denen er den Preis nennen muss. Ab dann läuft die Annahmefrist: In der Regel haben die Aktionäre mindestens vier und höchstens zehn Wochen Zeit, die Offerte anzunehmen oder abzulehnen.

Kann sich der Bund auf diesem Weg eine Mehrheit von 50 Prozent der HRE-Aktien sichern, ist der weitere Weg zur Verstaatlichung frei. Auf einer Hauptversammlung könnte der Bund eine Kapitalerhöhung alleine zu seinen Gunsten durchsetzen. Erreicht er dadurch eine Schwelle von 90 Prozent der Aktien, kann er die übrigen Aktionäre gegen eine Entschädigung herausdrängen. *rtr*



Karikatur Harm Bengen / distr. cartooncommerz.de

Bundesregierung stockt Mittel für Abwrackprämie massiv auf

Tagelanges Tauziehen beendet

Die Bundesregierung stockt die Finanzmittel für die Abwrackprämie massiv auf. Der Fördertopf werde von 1,5 Milliarden Euro auf fünf Milliarden Euro aufgefüllt, sagte Regierungssprecher Ulrich Wilhelm am Dienstagabend nach einem Spitzentreffen der Koalition in Berlin. Damit können statt der ursprünglich geplanten 600 000 nun rund zwei Millionen Bürger von dem Verschrottungszuschuss in Höhe von 2500 Euro profitieren.

Mit dem Kompromiss beendete die Koalition ein tagelanges Tauziehen um die Verlängerung der Prämie, die eigentlich am 31. Mai auslaufen sollte. Mittlerweile haben mehr als 1,2 Millionen Autofahrer die Subvention beantragt. Wilhelm sagte, die Prämie werde längstens bis zum 31. Dezember 2009 gezahlt. Reicht das Geld bis dahin nicht aus, wäre allerdings schon vorher Schluss.

Die Umweltprämie habe sich als besonders erfolgreiches Instrument im zweiten Konjunkturpaket der Regierung erwiesen. Deshalb habe sich die Koalition zu einer Verlängerung und einer Aufstockung der Mittel entschlossen.

An der Runde nahmen neben Bundeskanzlerin Angela Merkel und Kanzleramtschef Thomas de Maizière auch Finanzminister Peer Steinbrück, Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier sowie Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg teil. Der beispiellose Ansturm auf die Prämie hatte Regierung und Experten überrascht. Das für die Bearbeitung zuständige Bundesamt für Wirtschaft (Bafa) hat sich zum Ziel gesetzt, 5000 bis 6000 Anträge pro Tag zu bearbeiten. Autokäufer müssen dennoch möglicherweise monatelang auf die Auszahlung warten. *rtr*

EU will Hedgefonds-Branche stärker kontrollieren

Kapital vorhalten, Kredithebel offenlegen

Die EU-Kommission will Hedgefonds künftig deutlich stärker kontrollieren. EU-Binnenmarktkommissar Charlie McCreevy plant eine Zulassungspflicht für Anbieter von Hedgefonds, die in der EU tätig sind und eine Größe von 250 Millionen Euro erreichen. Zudem sollen solche Fonds in Zukunft ein Mindestmaß an Kapital vorhalten und ihren Kredithebel offenlegen.

Der Vorschlag kommt nur wenige Tage nach der Einigung der G-20-Länder auf eine stärkere Aufsicht über Hedgefonds und Beteiligungsgesellschaften. Vor allem Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Regierungschef Nicolas Sarkozy forderten eine stärkere Regulierung der Hedgefonds, deren Merkmal eine meist hoch spekulative Anlagepolitik ist und die deshalb als äußerst riskant für Investoren gelten.

Nach dem Willen der EU müssen Fondsmanager künftig mitteilen, wie hoch das Anlagevolumen ihres Fonds ist, welches Risikoprofil dieser hat und wie viele illiquide Papiere ein Fonds enthält. Das Mindestkapital von Fonds mit einem Anlagevolumen von über 250 Millionen Euro soll 125 000 Euro betragen. Zudem will die EU sicherstellen, dass in den Fonds immer ausreichend Liquidität vorhanden ist. In den vergangenen Monaten mussten viele Hedgefonds schließen, weil sie nicht in der Lage waren, ihren Investoren Gelder auszubezahlen.

Als zentrale Sammelstelle für die Daten schlug McCreevy den kürzlich ins Leben gerufenen Europäischen Rat für Systemrisiken vor. Das Gremium soll bei der Europäischen Zentralbank angesiedelt sein. Das Europäische Parlament und die EU-Staaten müssen dem Vorschlag McCreevys zustimmen, ehe es ein Gesetz geben kann. *rtr*

KURZMELDUNGEN

Kaum Neuzugänge an den Börsen

Unternehmen mit Börsenambitionen trauen sich angesichts der Wirtschaftskrise nicht aus der Deckung. An den Aktienmärkten gab es weltweit im ersten Quartal nur 50 Neuzugänge – ein Jahr zuvor machten noch mehr als fünfmal so viele Unternehmen ein Initial-Public-Offering, wie aus einer Studie der Unternehmensberatung Ernst & Young hervorgeht. 34 der Börsengänge fanden in Schwellenländern statt.

Deutsche Exporte weiter im Minus

Die deutschen Exporte sind im Februar erneut um mehr als ein Fünftel eingebrochen. Die Unternehmen verkauften Waren im Wert von 64,8 Milliarden Euro ins Ausland und damit 23,1 Prozent weniger als im Vorjahresmonat. Das ist der zweitstärkste Rückgang seit Einführung der Statistik 1950. Erst im Januar hatte es mit revidiert 23,2 Prozent das bislang größte Minus gegeben. Die Exporte gingen kalender- und saisonbereinigt um 0,7 Prozent im Vergleich zum Vormonat zurück. Das war bereits das fünfte Minus in Folge.

EU: Mitgliedschaft auf Probe strittig

EZB-Ratsmitglied Ewald Nowotny hat vor einer einseitigen Euro-Einführung in Osteuropa gewarnt. Dadurch würden das Vertrauen in den Euro untergraben und die wirtschaftlichen Unterschiede in der Eurozone vergrößert, so der österreichische Notenbankchef. Der Internationale Währungsfonds hatte sich dafür starkgemacht, dass die osteuropäischen EU-Mitglieder ihre Währungen zugunsten des Euro aufgeben sollen. Diese Mitgliedschaft auf Probe solle die hohen Schulden, die die osteuropäischen Länder in Fremdwährungen angehäuft haben, entschärfen und Unsicherheit abbauen. Nowotny bezeichnete dagegen die Beschleunigung der Aufnahme der osteuropäischen Länder in den Wechselkursmechanismus II als Option. Damit würden deren Währungen in einer festgelegten Bandbreite des Wechselkurses zum Euro gehandelt.

Börsianer vorsichtig optimistisch

Mit Frühlingsbeginn kehrt bei professionellen Börsenanlegern in den 16 Euroländern wieder vorsichtiger Konjunkturoptimismus zurück. Im April bewerteten die 826 Experten die wirtschaftlichen Aussichten im Währungsgebiet so positiv wie seit Dezember 2007 nicht mehr, wie die Investmentberatung Sentix zu ihrer monatlichen Umfrage mitteilte. Der Index stieg von minus 23,5 Punkten im Vormonat auf minus 12,5 Zähler. *rtr*